

**Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat****Motion Fraktion FDP (Alexandre Schmidt): Eine Sanierungsstrategie für die städtische Infrastruktur; Fristverlängerung**

Am 29. August 2013 hat der Stadtrat mit SRB 2013-348 folgende Motion Fraktion FDP als Richtlinie erheblich erklärt:

Auf Verlangen des Stadtrats (überwiesenes Postulat der FDP Fraktion 10.000289 „Transparenz über aufgelaufene Sanierungskosten“) hat der Gemeinderat am 20.6.2012 einen Bericht über den Sanierungsbedarf der städtischen Infrastruktur publiziert.

Der Gemeinderat zeigt darin auf, dass

- der Neuwert der städtischen Infrastruktur (inkl. Gebäude, Aussenanlagen, Strassen, Plätze, Brücken, Signalisation, Lichtanlagen, Entwässerung, Grünanlagen etc.) rund 5,9 Mia. Franken,
- der aufgelaufene Unterhaltsbedarf, der noch nicht getätigt wurde, weil der optimale Unterhaltszeitpunkt noch nicht fällig wurde, rund 2 Mia. und
- der überfällige Sanierungsbedarf, bei dem der optimale Zeitpunkt bereits verpasst wurde, rund 570 Mio. Franken

betragen. Die effektiven Sanierungskosten seien aber höher zu veranschlagen, da bei den effektiven Sanierungen noch Anpassungskosten entstehen (z.B. Ersatz eines ganzen Bauteils, obwohl nur ein Teil sanierungsbedürftig ist).

Den „Sanierungsstau“ beim überfälligen Unterhalt abzubauen, wird aufgrund seines Ausmasses lange Jahre beanspruchen. Dies umso mehr, als dass der aufgelaufene Unterhaltsbedarf seinerseits nach und nach fällig wird.

Die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur ist eine Kernaufgabe der Politik. Das Ausmass des überfälligen Unterhaltsbedarfs verlangt nach einem zusätzlichen Effort. Hinzu kommt, dass der Bericht vom 20.06.2012 über den Sanierungsbedarf erst einen Gesamtüberblick erlaubt. Noch nicht offengelegt ist, bei welchen konkreten Objekten ein überfälliger Sanierungsbedarf ausgemacht wurde. Sodann sind die Anpassungskosten auch nicht annäherungsweise ausgewiesen. Um eine realistische Bestandsaufnahme machen zu können, ist dieser Aspekt noch vertieft zu prüfen.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen beantragt, den Gemeinderat mit der Ausarbeitung einer Sanierungsstrategie für die städtische Infrastruktur zu beauftragen. Dabei ist namentlich aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen der überfällige Sanierungsbedarf abgebaut werden wird.

Bern, 16. August 2012

*Motion Fraktion FDP (Alexandre Schmidt, FDP):* Alexander Feuz, Christoph Zimmerli, Dannie Jost, Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Bernhard Eicher, Pascal Rub

## **Bericht des Gemeinderats**

Der Gemeinderat ist sich der Problematik des Sanierungsrückstands bewusst. Einerseits hat er, um den aufgelaufenen Sanierungsbedarf städtischer Infrastrukturen transparenter zu machen und dessen Entwicklung besser überwachen zu können, ein Cockpit zum aufgelaufenen Sanierungsbedarf geschaffen, das im Management Information System (MIS) des Gemeinderats und im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) abgebildet wird. Andererseits hat er in der laufenden Legislatur die Investitionsquoten gegenüber den langfristig vorgesehenen 91 Mio. Franken vorübergehend stark angehoben (Rechnung 2013: 118 Mio. Franken, Rechnung 2014: 101 Mio. Franken, Budget 2015: 122 Mio. Franken, Budget 2016: 111 Mio. Franken), und er schlägt die Schaffung einer Spezialfinanzierung Eis- und Wasser vor, um dringende Investitionen in Eis- und Wasseranlagen mit einem ökologischen Nutzen zu ermöglichen. Mit der Erhöhung der Investitionsquote und der neuen Spezialfinanzierung sorgt der Gemeinderat für notwendige finanzielle Mittel zur Bekämpfung des Sanierungsrückstands.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort vom 13. Februar 2013 ausgeführt hat, bestehen die wesentlichen strategischen Grundlagen zur Sanierung der städtischen Infrastruktur bereits. Der Gemeinderat möchte jedoch die Gelegenheit wahrnehmen, das bestehende Steuerungsmodell für Investitionen zu prüfen und die städtische Investitionspolitik insbesondere im Bereich Hochbau voraussichtlich auch durch eine verwaltungsexterne Studie analysieren lassen. Dabei wird auch überprüft, welches Instandsetzungs- und Instandhaltungsvolumen langfristig notwendig ist, um den Sanierungsrückstand insbesondere bei den städtischen Hochbauten auf ein akzeptables Niveau zu senken, ohne die Verschuldung unangemessen ansteigen zu lassen. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung zur Vorlage des Begründungsberichts zur vorliegenden Motion bis Herbst 2016.

## **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion FDP (Alexandre Schmidt): Eine Sanierungsstrategie für die städtische Infrastruktur; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Begründungsberichts bis Herbst 2016 zu.

Bern, 19. August 2015

Der Gemeinderat